



Stopp dem Abbau bei den Schwächsten!

Ich habe nach der September-Session des Grossen Rat eine Riesenwut im Bauch! Am 5. September haben SVP, BDP und FDP den Ärmsten im Kanton Bern die Sozialhilfe um 10 Prozent gekürzt. Nur ein paar Tage vorher haben dieselben Parteien höhere Gewinne beim Immobilienverkauf unterstützt. Auch wenn es um die Angestellten geht, «geizen» die Bürgerlichen nicht mit «Sparmassnahmen».

Die Finanzlage des Kantons Bern ist angespannt. Verantwortlich dafür sind zu einem grossen Teil unverantwortliche Steuersenkungen, welche von denselben Grossrätinnen und Grossräten durchgepaukt wurden. Nun soll auf dem Buckel von älteren, kranken und Menschen mit einer Behinderung massiv gespart werden. So nicht!

Nicht auf dem Buckel der Schwächsten

Ausgeglichene Finanzen sind wichtig und eine erneute Verschuldung des Kantons ist keine Alternative. Dieses Ziel will die SP-JUSO-PSA-Fraktion erreichen, aber nicht auf Kosten der Schwächsten. Ebenso wenig kommt der Abbau in der Berufsbildung in Frage. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat deshalb eine eigene Strategie festgelegt.

Die Fraktion trägt darin viele Sparmassnahmen – zum Teil zähneknirschend – mit. Sie wehrt sich jedoch vehement gegen Kürzungen in der Alterspflege, in Behindertenheimen, in der Psychiatrie und in der Berufsbildung. Mit einem entschiedenen Vorgehen gegen die Steuerhinterziehung und einem Beitrag aller Bernerinnen und Berner mittels einer befristeten Steuererhöhung muss der Abbau auf Kosten der Schwächeren verhindert werden.

Die Fraktion trägt zudem die im Juni vom Grossen Rat beschlossenen Erhöhungen der Entschädigungen für die Parlamentsmitglieder nicht mehr mit. Viele Menschen müssen wegen der Kürzung mit weniger als 30 Franken pro Tag für Essen, Kleider, Strom, Verkehrsauslagen und Körperpflege auskommen. Gleichzeitig sollen Grossratsmitglieder 24 Franken fürs «Zmittag» erhalten. Die Fraktion fordert nun, dass die Erhöhung der Entschädigungen rückgängig gemacht wird.

Die Wahlen gewinnen, auf Kosten der Bürgerlichen

Es weht ein eisiger Wind im Kanton Bern. Seit den letzten Grossratswahlen haben soziale Anliegen kaum eine Chance im Kantonsparlament. Wer hat, dem wird gegeben, wer nichts hat, geht leer aus. Die Budget- und Finanzdebatte im November 2013 könnte zur sozialen Zerreihsprobe für den Kanton Bern werden.

Ich rufe Dich, liebe Leserin, lieber Leser, deshalb dazu auf, uns im Kampf gegen den Sozialabbau zu unterstützen. Wehre Dich mit allen Mitteln, mobilisiere, diskutiere, schreibe E-Mails, LeserInnenbriefe, benutze Facebook und Twitter. Wir müssen zudem mehr Sitze bei den Grossratswahlen 2014 erkämpfen. Mehr denn je braucht es eine starke SP als soziale Kraft. Ich zähle auf Dich!



Michael Aebersold, Grossrat und Präsident der SP/JUSO/PSA-Fraktion

TSCHOU

Gemischt oder getrennt – das ist die Frage

Die heftigen Diskussionen führen nicht entlang der gewohnten Linien – es gibt Männer, die begeistert sind, und Frauen, die sich dagegen engagieren: Bei der Frage



geschlechtergetrennter Listen für die Grossratswahlen scheiden sich die Geister. Sollen die Regionalverbände mit Listen antreten, auf denen Frauen und Männer gemischt oder fein säuberlich getrennt werden?

Die Listengestaltung hat einen direkten Einfluss auf das individuelle politische Glück, so mein Eindruck aus den verschiedenen Diskussionen, die vor dem und am Parteitag vom vergangenen Juni in Lyss geführt wurden. Und der Gesamtblick wird dadurch ziemlich intensiv getrübt. Die SP Kanton Bern hat bei den letzten beiden kantonalen Wahlen Stimmen und Sitze verloren, mit einem negativen Tiefpunkt 2010. Volle sieben Sitze hat die SP 2010 gegenüber 2006 abgeben müssen und hat seither einen schweren Stand in der politischen Auseinandersetzung im Grossen Rat. Die Fraktion muss immer wieder zusehen, wie wichtige politische Entscheidungen anders gefällt werden als sie es möchte, so auch in der eben abgeschlossenen September-Session. Die Partei, die selber immer wieder stark für Frauenrechte eingetreten ist und eintritt, schafft es aktuell auf eine Vertretung von gerade mal 13 Frauen im Grossen Rat.

Nach dem positiven Entscheid für die Statutenänderung am Parteitag entstehen nun in vielen Regionen getrennte Frauen- und Männerlisten und ich wünsche uns allen – getrennt oder gemischt – viel Energie und Freude für den bevorstehenden, wichtigen Wahlkampf und dass wir das wirklich Wichtige bei all den individuellen Überlegungen nicht aus den Augen verlieren: Wir müssen als starkes SP-Team die Grossratswahlen 2014 miteinander gewinnen!

Ursula Zybach, Vizepräsidentin SP Kanton Bern und Gemeinderätin in Spiez

Daniel Furrer



Die Idylle rund um das Berner Rathaus trägt – es weht ein eiskalter Sparwind durchs Kantonsparlament

SP-REGIERUNGSRÄTIN BARBARA EGGER HAT DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR VORWÄRTS GEBRACHT

«Wir konnten inzwischen aufholen»

Barbara Egger will die kritische Stimme im BKW-Verwaltungsrat bleiben und für die Stilllegung des AKW Mühleberg sorgen. Soziale Gerechtigkeit ist das Leitmotiv der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin – auch beim Bauen.

Du bist mit 12 Jahren die Amtsälteste in der Regierung – kein bisschen müde?

Barbara Egger: Kein bisschen! Ich habe wichtige Themen, an denen ich in den nächsten vier Jahren dranbleiben möchte. Ich will den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen und die Energiewende vorantreiben. Schön wäre natürlich, wenn wir bei der Abschaltung des AKW Mühleberg weiterkämen.

Bürgerliche behaupten, die rot-grüne Regierung könne im bürgerlichen Parlament und Kanton wenig ausrichten. Stimmt das?

Das sehe ich anders und bin gleichzeitig nicht erstaunt, wenn Bürgerliche das monieren. Die Regierung ist oft Garant dafür, dass rot-grüne Anliegen im bürgerlichen Parlament nicht völlig untergehen.

Das Lied Mani Matters «dene was guet geit...» ist Dein Leitmotiv. Was hat soziale Gerechtigkeit mit Infrastruktur, Verkehr und Energie zu tun?

Sehr viel: Einerseits geht es um den Service public. Alle Bevölkerungsgruppen müssen einen guten Zugang zu unseren Infrastrukturen erhalten. Das ist mir als SP-Frau und Gewerkschafterin wichtig. Soziale Gerechtigkeit ist auch beim Bauen zentral. Denn Investitionen schaffen Jobs und verlangen gleich lange Spiesse für alle.

Die Angebots- und Strukturüberprüfung hat Deine Direktion relativ gut überstanden: Der Sparauftrag fiel moderat aus. Weshalb?

Der Hauptgrund liegt darin, dass die Kosten unserer Leistungen im schweizerischen Quervergleich unter dem Durchschnitt liegen. Das Sparpotenzial ist praktisch ausgeschöpft. In 12 Jahren habe ich bei der BVE für eine effiziente Verwaltung gesorgt. Das hat sich bewährt.

Beim Agglomerationsprogramm hast Du erfolgreich taktiert: Von den 1,5 Milliarden Franken, die der Bund in die Verkehrsinfrastruktur stecken will, bekommt der Kanton Bern mit über 300 Millionen das grösste Stück des Kuchens – wegen Nachholbedarfs oder guter Planung? Beides. Im Kanton Bern besteht grosser Nachholbedarf bei der Verkehrsinfrastruktur. Als in Zürich die S-Bahn anrollte, begann man in



Barbara Egger: «Die Regierung ist oft Garant dafür, dass rot-grüne Anliegen im bürgerlichen Parlament nicht völlig untergehen.»

Bern erst mit der Planung. Wir konnten inzwischen aufholen. Zusammen mit den Agglomerationen lieferten wir hervorragende Planungen ab. Der Bund legt Wert auf die rasche Umsetzung. Er will, dass das knappe Geld rich-

genen Gewinn rechnen. Wegen der knappen Finanzen würde dieses Geld dann anderswo fehlen. Beispielsweise bei den Volksschulen oder im Sozialen. Der Regierungsrat hat mit 2022 einen gangbaren Weg für die Abschaltung aufgezeigt. Er ist die allererste Regierung der Schweiz, die ein konkretes Ausstiegsdatum nennt und politisch verfolgt. Mühleberg wird in den nächsten vier Jahren einer meiner grossen Schwerpunkte bleiben. Ich will mich weiterhin für den Atomausstieg engagieren und die rot-grüne Stimme im BKW-Verwaltungsrat bleiben.

Interview: Daniel Vonlanthen

«In 12 Jahren habe ich bei der BVE für eine effiziente Verwaltung gesorgt. Das hat sich bewährt.»

tig investiert und nicht nur blockiert wird. Das haben wir mit dem Wankdorfplatz und Tram Bern West getan. Jetzt folgen der Ausbau des RBS-Bahnhofs und das Tram Region Bern. Das alles ist wichtig für den weiteren Ausbau unseres öffentlichen Verkehrs.

Mühleberg soll bis 2022 Strom produzieren, so der Gegenvorschlag der Regierung zur Volksinitiative. Welches Risiko wiegt schwerer, das finanzielle oder das technische?

Man kann die Risiken nicht gegeneinander ausspielen. Die rot-grüne Regierung möchte Mühleberg so schnell wie möglich abschalten. Wenn wir den Stopp aber politisch verordnen, müssen wir mit einer Klage auf entgan-

KANTONALE WAHLEN 2014

Am 30. März 2014 finden im Kanton Bern Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die amtierenden SP-Regierungsräte Barbara Egger, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud werden alle wieder kandidieren. In einer Interview-Serie spricht links.be mit Egger, Rickenbacher und Perrenoud über die vergangene Legislatur und ihre Pläne für die nächsten vier Jahre. Den Anfang macht das Interview mit Barbara Egger.

GEMEINDEWAHLEN MÜNSINGEN

Mehr Dialog statt Scheindemokratie

Die Schlagzeilen aus der Münsinger Politlandschaft waren in letzter Zeit eher negativ gefärbt: Gemeinderat und Parlament politisieren am Volk vorbei! Neues Verwaltungsgebäude zweimal abgelehnt! Hässige Voten an Parlaments-sitzungen! Tagesschule verdrängt Jugendtreff! – so tönte es oftmals. Für die SP war es deshalb wichtig, vor den Gemeindewahlen vom 27. Oktober den Ursachen für den Politfrust auf den Grund zu gehen und entsprechende Schlüsse für den eigenen Wahlkampf zu ziehen.

Zukunftswerkstatt zum Auftakt

Am Anfang des Wahlkampfs stand ein Treffen von Kandidatinnen und Kandidaten zusammen mit dem Vorstand der SP Münsingen unter der Leitung der kantonalen Parteisekretärin Angelika Neuhaus, um die politische Situation in der Gemeinde zu beurteilen sowie Probleme und Chancen für die SP zu erkennen. Die Gruppe war sich einig: Die Politik in Münsingen leidet an Kurzsichtigkeit. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Tagesschulen. Obwohl allgemein bekannt ist, dass Münsingen stark wächst und für Familien attraktiv sein möchte, wurden in den letzten Jahren alle Chancen verpasst, eine gute räumliche Infrastruktur für die Tagesschule zu sichern.

Land und Liegenschaften wurden und werden verkauft, statt diese im Baurecht abzugeben. Bürgerinnen und Bürger verlieren zunehmend das Vertrauen in Gemeinderat, Parlament und Verwaltung. Als Folge dieser Negativspirale geht auch der Blick für das Positive verloren: Gesunde finanzielle Lage der Gemeinde mit genügend Eigenkapital, Tempo 30 in fast allen Quartieren eingeleitet, gute ÖV-Verbindungen, Fusion mit Trimstein gelungen, beneidenswert attraktives Schlossgutareal, gut funktionierende Jugendarbeit und andere Institutionen mit regionaler Bedeutung.

Was die SP verändern will

Die Bevölkerung muss die Überlegungen von Gemeinderat und Parlament nachvollziehen können. Die SP setzt sich deshalb zum Ziel, in der anstehenden Legislatur den Dialog auf allen Ebenen zu fördern und zu pflegen. Es darf nicht mehr vorkommen, dass Informationsveranstaltungen durchgeführt werden, an der die Bevölkerung nur zuhören darf und Fragen stellen und diskutieren nicht erlaubt ist – wie das kürzlich beim erneuten Versuch, ein zentrales Verwaltungsgebäude in die Wege zu leiten, passiert ist. Der Verkauf von Boden und Liegenschaften muss gestoppt werden, die Ge-

**DAS KOMPLETTE
10-PUNKTE-PROGRAMM
DER SP FINDET SICH
UNTER
www.spmuensingen.ch**

meinde braucht Spielraum für die Förderung von günstigen Wohnungen. Gelungene Projekte wie die Fusion mit Trimstein oder Tempo 30 müssen sorgfältig begleitet werden mit einem offenen Ohr für die Sorgen und Fragen der Bevölkerung.

Mit Wahlaktionen die eigenen Ziele unterstreichen

Mit einer Extrafahrt im Ortsbus organisierte die SP eine vielseitige Besichtigung des neuen Ortsteils Trimstein. Die Führungen in einer Schreinerei, durch einen Bauernhof und in einem Künstleratelier machten interessante Diskussionen mit den Bewohnern des neuen Ortsteils möglich. Mit einem Boule-Spiel in der Schlossallee konnte die SP auf das grosse Potenzial des Areals für Freizeit und Begegnung aufmerksam machen. Und an den eigenen Standaktionen drehte und dreht sich alles ums «Offene Ohr für Alle».

Parteienlandschaft in Bewegung

Die Vielfalt der Parteien macht die Ausgangslage für die Wahlen schwer einschätzbar. Neben den etablierten Parteien SP, SVP, FDP, EVP, Grüne und Freie Wähler stellen sich BDP, EDU und neu auch die Grünliberalen zur Wahl. Die Münsinger Exekutive hat sieben Mitglieder. Seit Jahren hat die SP einen Sitz in diesem Gremium, der unbedingt zu sichern ist. Für das 30-köpfige Parlament lautet das Ziel, die Anzahl SP-Sitze von fünf auf sechs zu erhöhen.

Die SP hat ihre Zusammenarbeit mit den Grünen intensiviert und unterstützt deren Kandidaten, Beat Moser, für die Wahl ins Gemeindepräsidium. Mit seinen ausgezeichneten kommunikativen Fähigkeiten und seiner guten Verankerung und Akzeptanz in Münsingen ist Moser für die SP der beste Kandidat.



SP-Gemeinderatskandidaten beim Besuch einer Schreinerei in Trimstein



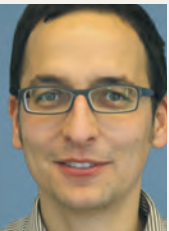
Elisabeth Striffeler
Präsidentin SP Münsingen,
Grossrätin



SPITZE FEDER

Von wegen Eigenverantwortung: es braucht mehr Sozialverantwortung

Immer wenn etwas schief läuft in unserem Staate, wird lauthals nach mehr Eigenverantwortung geschrien. Und damit vom wirklichen Problem abgelenkt.



Die Menschen schauen schon zu sich selber, da muss sich eigentlich niemand Sorgen machen. Erschreckend zu beobachten ist vielmehr, dass immer mehr Menschen nur

noch für sich selber schauen und das Ganze um sich herum vergessen.

Wir Menschen sind soziale Wesen – zumindest die ersten Jahre unseres Lebens sind wir alle auf die Unterstützung unseres Umfeldes angewiesen, um auf die Beine zu kommen. Und der Mensch braucht sozialen Kontakt, sonst wird er krank. Damit diese Gemeinschaft funktioniert, müssen auch alle Verantwortung für das Ganze übernehmen. Die heutigen Probleme in unserer Gesellschaft liegen selten in der mangelnden Eigenverantwortung, sondern darin, dass die Menschen nicht mehr genügend Mitgefühl und Mitdenken für die anderen aufbringen.

Konkret: Die eigenen Steuern ein wenig optimieren (Steuerhinterziehung ist in der Schweiz weiterhin ein Kavaliärsdelikt) und entsprechend dem Kollektiv nötige Mittel entziehen. Die eigenen Boni ein wenig erhöhen und entsprechend einige Angestellte auf die Strasse stellen und die soziale Verantwortung der Unternehmen zum leeren Wort machen. Rücksichtslos Lärm und Dreck machen, ohne auf die weiteren Betroffenen Rücksicht zu nehmen. Die Pflege und Betreuung unserer Mitmenschen, wenn's uns zu mühsam wird, an Institutionen auslagern und sie dort langsam vergessen lassen ... Mehr Sozialverantwortung – auch ich muss immer wieder daran arbeiten.

Daniel Furter, Parteisekretär SP Kanton Bern

NACHRUF

Auf der Suche nach der verschworenen Gemeinschaft

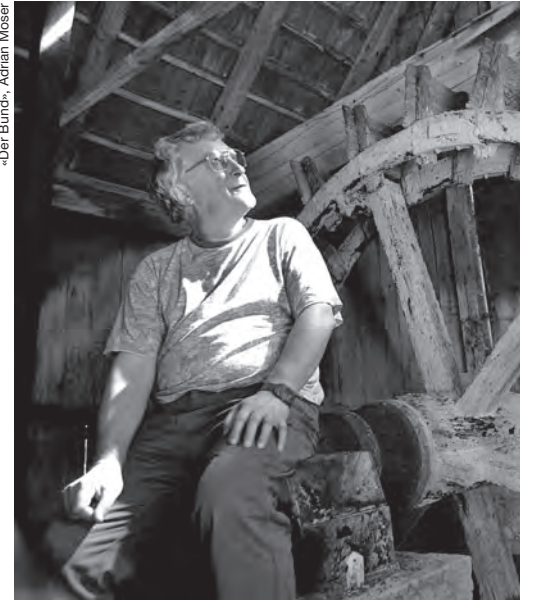
Edi Knuchel war für viele SP-Mitglieder vor der Jahrtausendwende nicht «nur» der Parteisekretär der SP Kanton Bern, sondern eine Institution, das politische Gewissen der SP. Während 20 Jahren (1979–1999) hat Edi das SP-Sekretariat geleitet, war SP-Fraktionssekretär und Verantwortlicher für die Wahlen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Als Gemeinderat von Bätterkinden (1983–1987) und später als Gemeindepräsident (1987–1995) war Edi für viele SP-Exekutivleute im Kanton zudem eine wichtige Ansprechperson mit breitem politischen Wissen und grosser Erfahrung.

Edi war überzeugt, dass sich die SP klar als die linke Kraft positionieren und alternative Ideen offensiv verfolgen muss. Er forderte die stetige Veränderung der Partei als Reaktion auf die Veränderungen der Gesellschaft und des politischen Umfeldes. Starres war ihm einerseits zuwider, andererseits war er nicht bereit, bestimmte Werte der Schnellebigkeit zu opfern. Für ihn bedeutete die SP eine «verschworene Gemeinschaft», die mehr war als ein Wahlklub. Mit einer gewissen Wehmut stellte Edi kurz vor Abschluss seiner beruflichen Tätigkeit fest, dass in der politischen Arbeit «Ereignisse» immer wichtiger werden, wichtiger als echte Werte im Zusammenleben der Menschen. Er befürchtete, dass wir uns auf eine «geschichtslose Zeit» zubewegen, wo ein Ereignis das andere überdeckt und nur der Au-

genblick zählt. Das Fehlen eines Geschichtsbewusstseins, das Nichtwissen(wollen), hat Edi zeitlebens beschäftigt – nun ist es an uns, sein Vermächtnis weiterzutragen.

Edi Knuchel ist in seinem achtzigsten Lebensjahr am 27. August 2013 in Bätterkinden verstorben.

Angelika Neuhaus, Parteisekretärin
SP Kanton Bern



«Der Bund», Adrian Moser

ROTES BRETT

KOSTENLOS INS THEATER ALTE OELE IN THUN

Das Kleintheater Alte Oele in Thun bietet ein umfangreiches Kulturangebot mit Vorträgen, musikalischen Beiträgen oder Theateraufführungen. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Hinweise zu aktuellen Veranstaltungen finden sich auf der Webseite der Alten Oele, www.theatralteoelethun.ch/.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite, www.spbe.ch, unter der Rubrik «≠Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch

AGENDA

60+ Berner Oberland: Alterspolitik im Kanton Bern: Was geht mich das an?
2. November, 14 Uhr, Lötschbergzentrum Spiez

60+ in der Region Biel/Bienne/Seeland: Infoanlass Initiative AHVplus mit Apéro
24. Oktober, 15–17.30 Uhr, im Hotel Weisses Kreuz in Lyss

Parteitag
27. November, 19 Uhr, im Hotel Bern, Bern

Alle Termine: www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Oliver Lüthi
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 14. Oktober 2013